



Gruppe Erding und Gruppe Dorfen
Gesine Goetz
Fliederweg 7
85467 Neuching
Tel 08123 8349
gesinegoetz@gmx.net
www.paxchristi-erding.de

August 2013

Antworten von

Rosi Reindl, Direktkandidatin der Ökologisch-Demokratischen – Partei (ÖDP)

Thema Asyl

Wir wissen, dass seit Jahren an Europas Grenzen tausende Menschen sterben, ohne dass die Politik Rettung organisiert. Europa versucht sich abzuschotten, Opfer von Menschenrechtsverletzungen können Europa auf legalem Wege praktisch nicht mehr erreichen.

Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung von Pro Asyl, Wohlfahrtsverbänden, Anwalts- und Richtervereinigungen Flüchtlinge dort ihren Asylantrag stellen zu lassen, wo sie es möchten. Würde das nicht die Integration erleichtern und die illegale Weiterwanderung verhindern?

Was werden Sie unternehmen, damit das EuGH-Urteil vom 21.12.2011 in Deutschland endlich umgesetzt wird, das klarstellt, dass Asylsuchende das Recht haben müssen, sich vor Gericht gegen Abschiebungen effektiv zu wehren?

Sind Sie mit dem deutschen Asylverfahrensgesetz (§ 34 a AsylvfG) einverstanden, das ermöglicht, Menschen unangekündigt in andere europäische Staaten abzuschicken, ohne dass Gerichte das Handeln der Behörden im Eilverfahren stoppen können?

Im Bundestag werde ich die Ziele unseres Programms (einzusehen unter www.oedp.de) vertreten. Unter Zeile 2880 finden sich deutliche Antworten auf die Fragen.

Asylverfahren müssen zügig, fair und transparent abgewickelt werden. Für sie muss derselbe Instanzenweg gelten wie für andere Gerichtsverfahren. Dazu ist ausreichend speziell ausgebildetes Personal einzustellen.

Schnellabschiebungen sowie die Regelungen des derzeitigen Flughafenverfahrens sind aus humanen, moralischen und verfassungsrechtlichen Gründen abzulehnen.

Die Drittstaatenregelung lehnen wir ab. Sie bewirkt, dass alle Schutzsuchenden – zu denen auch tatsächlich politisch Verfolgte gehören -, die aus den Deutschland umgebenden Staaten kommen, an der deutschen Grenze ohne Prüfung ihrer Situation zurückgeschickt werden.

Wie stehen Sie dazu, dass

- das Aufenthaltsrecht von Menschen, die seit Jahren mit befristeten Aufenthaltserlaubnissen in Deutschland leben, immer wieder in Frage gestellt wird (Kettenduldungen)?

Die Gewährung von Asyl ist ein unverzichtbarer Akt der Menschlichkeit. Die ÖDP bekennt sich deshalb uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte, für

Menschen, deren Leib, Leben oder Freiheit wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Volks- oder Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, ihres Geschlechts oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht sind. Auch Armut ist eine ernstzunehmende Fluchtursache, die man aber am besten vor Ort durch Hilfe in den betroffenen Ländern durch Entschuldung und durch echte Entwicklungshilfe ohne Schwerpunkt für die eigene Exportwirtschaft bekämpfen kann.

- Sozialhilfebezug auch nach Jahrzehnten des Aufenthalts ein Grund zur Ausweisung ist?

Hier ist zu prüfen warum der Sozialhilfebezug erfolgt und unter humanitärem Aspekt müssen Ausnahmen möglich sein.

- Menschen über Jahre hinweg in Deutschland leben und ihnen das Recht auf Familiennachzug per Gesetz verweigert wird?

Für den Familiennachzug im Bereich Migration muss es eine sinnvolle Begrenzung geben, die bei 10 Jahren angesetzt werden soll. Bei Kindern, die im Familienverbund einreisen oder ausreichende Sprachkenntnisse vorweisen, liegt die Grenze bei 18 Jahren.

Thema Rüstungsexporte

Deutschland ist weltweit drittgrößter Kleinwaffenfabrikant. Die Bundesregierung hat den Genehmigungswert für den Export von Kleinwaffen und deren Bestandteile von 37,90 Mio € (2011) auf 76,15 Mio € (2012) innerhalb eines Jahres verdoppelt. Im Ergebnis handelt es sich um den höchsten Wert seit Publikation von Kleinwaffenexporten in regierungsamtlichen Rüstungsexportberichten. (vgl. Antwort auf die Anfrage eines Bundestagsabgeordneten)

Es laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen die Firma Heckler & Koch wegen nachweislich illegaler G36-Gewehrlieferungen in Unruheprovinzen Mexikos und wegen des Verdachts illegaler G36-Exporte an Libyen.

Wie stehen Sie und ihre Partei zu diesen Tatsachen und zu der Forderung nach konsequentem Ausstieg, d.h. dem völligen Verbot von Kleinwaffen- und Munitionsexporten sowie Lizenzvergaben?

Es ist empörend, dass solche Genehmigungen möglich sind und vorhandene Gesetze immer wieder unterlaufen werden können. Die Forderungen in unserem Programm finden meine vollste Zustimmung (zu finden unter 3251 ff).

Auszugsweise ein paar wichtige Punkte:

An der Aufrüstung vieler Länder, der Verbreitung militärischer Technologien und an der Waffenherstellung sind die wichtigsten Industriestaaten, insbesondere auch deutsche Firmen, beteiligt. Waffenlieferungen in Krisengebiete haben z.B. den im Kongo seit Mitte der 1990er Jahre mit mehr als 3,5 Millionen Toten erst in dieser Dimension ermöglicht und zugleich den Raubbau an Bodenschätzen und Natur begünstigt. Waffenexporte in Krisengebiete sind als Beihilfe zum Krieg anzusehen. Während wenige hierdurch reich werden, werden die Kosten für die Flüchtlinge und den Wiederaufbau den Steuerzahlern der Kriegsgebiete und der Aufnahmeländer aufgebürdet.

Die Rüstungsexporte sind langfristig drastisch zu reduzieren, die Anlagen auf zivile Produktion umzustellen. Rüstungsexporte dürfen generell nur noch in Mitgliedsländer der EU und der NATO erfolgen und sind strikt an die Einhaltung der international gültigen menschenrechtlichen Standards zu binden. Falls ein Empfängerland diese Standards nicht einhält oder schon die Kontrolle dieser Standards verweigert, ist jegliche Rüstungskooperation – unabhängig von Mitgliedschaft in EU oder Nato – sofort einzustellen. Außerdem müssen die Endverbleibsnachweise endlich wirksam kontrolliert werden. Zu den Rüstungsexport zählen auch die Lizenzvergabe und die Errichtung von Produktionsanlagen zur Herstellung von Waffen oder Waffenkomponenten.

Thema Zivile Friedensdienste

Seit Jahren betonen alle Parteien den Vorrang ziviler Krisenprävention und dennoch entsendet Deutschland in internationalen Missionen immer noch rund zehn Mal mehr Soldaten als ziviles Personal. Es besteht ein fortgesetztes Missverhältnis zwischen militärischen Kapazitäten und zivilen Kapazitäten der Konfliktbewältigung und Friedensförderung.

Wie stehen Sie zu der Forderung nach einer deutlichen Verstärkung der zivilen Fähigkeiten zur Konfliktbewältigung und einer Verdoppelung der Mittel für zivile Friedenskräfte?

Wie sehen Sie die Forderung nach einem Paradigmenwechsel zum Vorrang ziviler Mittel in der internationalen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung mit einer Überführung militärischer Potenziale in ein UN-geführtes (welt)-polizeiliches Format?

Auch hierzu vertreten wir im Programm eindeutige Aussagen die ich nur voll unterstützen kann.

Ziviler Friedensdienst und Konfliktvorbeugung (Zeile 3292 ff)

Schaffung eines zivilen Friedensdienstes, der in Zusammenarbeit mit geeigneten NGOs zur Konfliktvorbeugung und gewaltfreien Lösung von Konflikten in Krisengebieten eingesetzt wird. Dabei sollen Vertreter aller Religionen und ethnischen Gruppen der betreffenden Gebiete mit eingebunden werden. Konfliktvorbeugung und friedliche Konfliktbeilegung besitzen absoluten Vorrang vor militärischer Gewalt.

Wir bitten um baldige Beantwortung und um Übermittlung der Antworten per e-mail an gesinegoetz@gmx.net bzw. A-E-W@t-online.de.